

## Komplexe Koalitionen, perplexe Wähler, perforierte Parteiprofile. Eine kritische Revision jüngerer Befunde zur deutschen Koalitions- demokratie und ein Reformvorschlag

Volker Best\*

Lange Zeit blieb im deutschen Fünfparteiensystem das Regieren in Lagerkoalitionen möglich. Die in ihrer elektoralen Durchschlagskraft auf den Ostteil der Republik beschränkte PDS war gesamtdeutsch zu schwach, um das tradierte Regierungsmodell „große Partei plus Juniorpartner“ zu gefährden. Durch ihre Westausdehnung mithilfe der WASG änderte sich dies. Da die fusionierte Linkspartei bei der Bundestagswahl 2005 8,7 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte, erhielt weder die rot-grüne Regierungskoalition noch die „bürgerliche“ Protokoalition aus Union und FDP eine Mehrheit; eine Große Koalition wurde unabdingbar.

Die Bundestagswahl 2009 mochte zu dem Fehlschluss verleiten, dies sei nur ein temporäres Phänomen gewesen: Obwohl Die Linke auf 11,9 Prozent zulegte, erhielt Schwarz-Gelb eine klare Mehrheit. Ohne den damaligen Überduss an der Großen Koalition wäre der bürgerliche Wahlsieg aber kaum zustande gekommen.<sup>1</sup>

Während zwischen der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Bildung der ersten Großen Koalition 17 Jahre lagen und zwischen der ersten und der zweiten Großen Koalition 36, musste 2013 nach nur vier Jahren Pause bereits zum dritten Mal auf dieses Regierungsmodell zurückgegriffen werden. Als „Notbündnis“ ist die Große Koalition zwar in der Bevölkerung akzeptiert, im segmentierten Mehrparteiensystem droht sie aber zum Regelfall zu werden. Sieht man in der Möglichkeit, die Regierung abzuwählen, ein wesentliches Merkmal der parlamentarischen Demokratie, kann man nicht gutheißen, dass eine Große Koalition nicht vollständig abwählbar ist. Grundstürzende Umwälzungen des Wählermarktes ausgenommen, verbleibt mindestens eine der beiden Großparteien nach der Folgewahl in der Regierung.<sup>2</sup> Eine von vielen Beobachtern im Bund für 2017 prognostizierte Ablösung der Großen durch eine schwarz-grüne Koalition – in formaler Hinsicht ein ebensolcher „halber Regierungswechsel“ – wäre politikinhaltlich gesehen wahrscheinlich weniger als das: 2013 unterschieden sich die Wahlprogramme von SPD und Grünen nur marginal, und trotz der Wahlniederlage sind weitreichende Neupositionierungen der Grünen zumindest bis dato ausgeblieben. Solange die Erfolge der Alternative für Deutschland (AfD) anhalten, dürfte sich die Union ihrerseits mit einer weiteren Annäherung an die Grünen schwer tun.

\* Ich danke der Redaktion der ZParl und Dr. *Manuel Becker* herzlich für wertvolle Kommentare.

1 Vgl. *Bernhard Wefels / Harald Schoen / Oscar W. Gabriel*, Die Bundestagswahl 2009 – Rückschau und Vorschau, in: *dies.* (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2009*, Wiesbaden 2013, S. 13 – 29, S. 20.

2 Vgl. *André Kaiser*, Alternanz und Inklusion. Zur Repräsentation politischer Präferenzen in den westeuropäischen Demokratien, 1950-2000, in: *ders. / Thomas Zittel* (Hrsg.), *Demokratietheorie und Demokratieentwicklung. Festschrift für Peter Graf Kielmansegg*, Wiesbaden 2004, S. 173 – 196, S. 173 f.; *Wolfgang Renzsch / Stefan Schieren*, Große Koalition oder Minderheitsregierung. Sachsen-Anhalt als Zukunftsmodell des parlamentarischen Regierungssystems in den neuen Bundesländern?, in: *ZParl*, 28. Jg. (1997), H. 3, S. 391 – 407, S. 405.

**Tabelle 1: Neu gebildete Landesregierungen 1985 bis 2014 nach Formaten**

	Allein- regierungen	Lagerinterne Zweier- koalitionen	Lagerinterne Dreier- koalitionen	Große Koalitionen	Lagerüber- greifende Koalitionen	Echte Minderheits- regierungen
1985	2 (NW, SL)	2 (BE, HE)	0	0	0	0
1986	1 (BY)	1 (NI)	0	0	0	0
1987	2 (HB, SH)	2 (HE, RP)	0	0	1 (HH)	0
1988	2 (BW, SH)	0	0	0	0	0
1989	0	1 (BE)	0	0	0	0
1990	4 (BY, NW, SL, SN)	4 (MV, NI, ST, TH)	0	1 (BE)	1 (BB)	0
1991	1 (HH)	1 (HE)	0	0	2 (HB, RP)	0
1992	1 (SH)	0	0	1 (BW)	0	0
1993	0	0	0	0	1 (HH)	0
1985 bis 1993	13 (41,9%)	11 (35,5%)	0 (0,0%)	2 (6,5%)	5 (16,1%)	0 (0,0%)
1994	5 (BY, BB, NI, SL, SN)	0	1 (ST)	2 (MV, TH)	0	0
1995	0	2 (HE, NW)	0	2 (BE, HB)	0	0
1996	0	2 (BW, SH)	0	0	1 (RP)	0
1997	0	1 (HH)	0	0	0	0
1998	2 (BY, NI)	2 (MV, SA)	0	0	0	0
1999	3 (SL, SN, TH)	1 (HE)	0	3 (BE, BB, HB)	0	0
2000	0	2 (NW, SH)	0	0	0	0
2001	0	2 (BE, BW)	1 (HH)	0	1 (RP)	0
2002	0	2 (MV, ST)	0	0	0	0
2003	2 (BY, HE)	1 (NI)	0	1 (HB)	0	0
2004	3 (HH, SL, TH)	0	0	2 (BB, SN)	0	0
2005	0	1 (NW)	0	1 (SH)	0	0
2006	1 (RP)	2 (BE, BW)	0	2 (MV, ST)	0	0
1994 bis 2006	16 (31,4%)	18 (35,3%)	2 (3,9%)	13 (25,5%)	2 (3,9%)	0 (0,0%)
2007	0	1 (HB)	0	0	0	0
2008	0	2 (BY, NI)	0	0	1 (HH)	1 (HE)
2009	0	4 (BB, HE, SN, SH)	0	1 (TH)	1 (SL)	0
2010	0	0	0	0	0	1 (NW)
2011	1 (HH)	3 (BW, HB, RP)	0	3 (BE, MV, ST)	0	0
2012	0	1 (NW)	1 (SH)	1 (SL)	0	0
2013	1 (BY)	1 (NI)	0	0	1 (HE)	0
2014	0	1 (BB)	1 (TH)	1 (SN)	0	0
2007 bis 2014	2 (7,1%)	13 (46,4%)	2 (7,1%)	6 (21,4%)	3 (11,1%)	2 (7,1%)

Abkürzungen: BW = Baden-Württemberg, BY = Bayern, BE = Berlin, BB = Brandenburg, HB = Bremen, HH = Hamburg, HE = Hessen, MV = Mecklenburg-Vorpommern, NI = Niedersachsen, NW = Nordrhein-Westfalen, RP = Rheinland-Pfalz, SL = Saarland, SN = Sachsen, ST = Sachsen-Anhalt, SH = Schleswig-Holstein, TH = Thüringen.

Quelle: Eigene Darstellung.

Auf Landesebene stellt sich das Problem der Mehrheitsbildung weniger gravierend dar, nicht zuletzt durch die Umnutzung der von den Wählern als nachrangig betrachteten Landtagswahlen zur Ausstellung eines Zwischenzeugnisses für die Bundesregierung.<sup>3</sup> Prima facie scheint der Anteil der lagerinternen Zweierkoalitionen seit der Etablierung der Linkspartei in den Parteiensystemen der westdeutschen Länder sogar stark gestiegen (vgl. Tabelle 1). Dies liegt allerdings nur daran, dass das Abbröckeln der regionalen Hochburgen der Großparteien Alleinregierungen allenfalls noch als historische Zufälligkeiten zulässt. Zusammengenommen ist der Anteil von Allein- und lagerinternen Koalitionsregierungen von 77,4 Prozent (1985 bis 1993) über 70,6 (1994 bis 2006) auf 60,5 Prozent (2007 bis 2014) zurückgegangen, und zwar obwohl die PDS (beziehungsweise später Die Linke) seit 1994 allmählich auch koalitionstechnisch Teil des linken Lagers wurde. Vermehrt sind drei Parteien eines Lagers nötig, um die Mehrheitsschwelle zu überwinden. Neben Großen Koalitionen, die als vor allem den Osten der Republik betreffendes Phänomen bereits ab 1994 zunahmen, kam es in den letzten Jahren mit Schwarz-Grün in Hamburg und Hessen sowie „Jamaika“ im Saarland (wieder) verstärkt zu lagerübergreifenden Koalitionen. Zum Teil gelang die Mehrheitsbildung in jüngerer Zeit auch gar nicht (Hessen 2008, Nordrhein-Westfalen 2010).

Die Erfolge der AfD bei den Landtagswahlen in Ostdeutschland im Herbst 2014 und ihre gestiegenen Umfragewerte auch in anderen Ländern sowie auf der Bundesebene verschärfen das Problem der Regierungsbildung nochmals: In Thüringen hätte selbst eine Große Koalition nur eine Mehrheit von einer einzigen Stimme aufgebracht, so dass schon über eine „Afghanistan-Koalition“ unter Hinzunahme der Grünen nachgedacht wurde. Auch die letztlich gebildete rot-rot-grüne Regierung verfügt nur über eine Mehrheit von einer Stimme.

Wie ist diese Entwicklung weg von den tradierten Lagerkoalitionen und hin zu Großen Koalitionen oder lagerübergreifenden Dreierbündnissen, auch als „komplexe Koalitionen“ bezeichnet, zu bewerten? In Auseinandersetzung mit einigen in jüngerer Zeit erschienenen Studien zu diesem Thema soll im Folgenden argumentiert werden, dass die beschriebene Entwicklung aus drei Gründen als problematisch anzusehen ist, nämlich wegen (1) der Koalitionspräferenzen der Wähler, (2) der Wahlkampfführung und (3) der Auswirkungen von Großen und komplexen Koalitionen auf die Parteien. Anschließend wird zur Revitalisierung der Lagerkoalitionen der Vorschlag einer Wahlrechtsreform nach italienischem Vorbild unterbreitet.

### 1. Koalitionspräferenzen der Wähler

Der erste Grund dafür, die Entwicklung weg von den Lagerkoalitionen zu lagerübergreifenden Bündnissen als problematisch zu charakterisieren, liegt darin, dass die Vorliebe eines Großteils der Wählerschaft immer noch klar den tradierten Regierungsformaten gilt. Die Größe der Parteianhängerschaften von CDU/CSU und SPD sorgt zwar regelmäßig für einen hohen Anteil von Umfrageteilnehmern, der eine Große Koalition „eher gut“ als „eher

3 Vgl. jüngst *Frank Decker / Volker Best*, Landtagswahlen und Bundespolitik. Eine empirische Analyse des „Zwischenwahleffekts“ von 1970 bis 2013, in: *Gesellschaft – Wirtschaft – Politik*, 63. Jg. (2014), H. 2, S. 175 – 188.

schlecht“ findet, aber die Betonung liegt in der Tat auf „eher“. Analysiert man die Daten im Hinblick auf die präferierte Koalition, so favorisierten 2009 wie 2013 59 Prozent, unter Hinzunahme der rot-rot-grünen Dreieroption sogar mehr als 70 beziehungsweise 75 Prozent der Befragten ein Lagerbündnis, die Große Koalition hingegen 2009 nur 13,5 Prozent, 2013 immerhin 21,5 Prozent. Die sonstigen lagerübergreifenden Zweier- und Dreierkonstellationen landeten ausnahmslos im unteren einstelligen Prozentbereich (vgl. Tabelle 2).

Auch in den jeweiligen Parteianhängerschaften sind die Präferenzen klar verteilt. Die tradierten lagerinternen Zweierkoalitionen bevorzugten unter den Anhängern von Union und FDP jeweils über 70, unter den liberalen Anhängern 2009 sogar fast 80 Prozent. Die vergleichsweise geringen Werte für Rot-Grün mit jeweils über 60 Prozent der Grünen- und über 55 Prozent der SPD-Anhänger sind vor dem Hintergrund der mangelnden Machtperspektive eines rot-grünen Bündnisses auch eher als hoch einzustufen. Die realistischere Machtoption der eigenen Partei mit der Union präferierte demgegenüber 2009 nur ein Sechstel der SPD-Anhänger beziehungsweise nicht einmal jeder zwölfte Grünen-Anhänger. 2013 lagen diese Anteile mit über einem Viertel beziehungsweise über einem Achtel deutlich höher, aber weiterhin klar hinter denen für die rot-grüne Wunschkoalition. Unter den Unionsanhängern favorisierte 2009 nur etwa ein Sechstel, 2013 mehr als ein Fünftel eine Große Koalition. Bei Schwarz-Grün lag 2009 die Präferenz lediglich jedes sechzehnten, 2013 sogar nur jedes dreiundzwanzigsten Unionsanhängers.

Die Erweiterung der rot-grünen Wunschkoalition um die Linken entsprach 2009 der Erstpräferenz jeweils etwa eines Siebtels der SPD- und Grünen-Anhänger, 2013 beurteilte sogar nur noch jeder achte Grünen- und jeder vierzehnte SPD-Anhänger ein solches Linksbündnis am besten. Unter den Linken-Sympathisanten sank der Anteil der Rot-Rot-Grün-Befürworter ebenfalls ab, mit 73 Prozent (nach 77 Prozent 2009) blieb er allerdings deutlich höher. Für ein Ampelbündnis optierte in der Anhängerschaft der SPD 2009 noch knapp jeder Elfte, in jener der Grünen jeder Vierzehnte; 2013 war es unter den Sympathisanten der SPD nur noch jeder Siebzehnte, unter den grünen Anhängern – wohl wegen anzunehmender alleiniger schwarz-grüner Mehrheitsfähigkeit – keiner mehr. Unter den liberalen Sympathisanten stieg die Ampeloption nach der mangelhaften Durchsetzungsfähigkeit und dem folgenden demoskopischen Absturz der FDP innerhalb der schwarz-gelben Wunschkoalition hingegen von neun auf über zehn Prozent leicht im Kurs. „Jamaika“, also ein Bündnis aus CDU, Grünen und FDP, das nur 2009 abgefragt wurde, mochten in der Gesamtwählerschaft wie unter den Anhängern der beiden kleineren beteiligten Parteien nur wenig mehr als zwei Prozent am liebsten, unter den Unionsanhängern waren es mit drei Prozent auch nicht viel mehr.

Das Ausmaß der Präferenzen für die hergebrachten Lagerkoalitionen ist ebenfalls deutlich. Auf einer Skala von -5 bis +5 wurden Schwarz-Gelb und Rot-Grün von den Befragten 2009 durchschnittlich mit -0,5 klar besser bewertet als alle anderen Bündnisalternativen, die zwischen -1,2 (Große Koalition) und -1,7 (Jamaika) rangierten. 2013 lag die Große Koalition mit +0,2 leicht vor den beiden mit -0,2 beziehungsweise -0,1 ebenfalls etwas verbesserten Lagerkoalitionen; die weiteren lagerübergreifenden und Dreierkoalitionen blieben abgeschlagen, wobei Schwarz-Grün sich leicht auf -1,4 verbesserte, während sich die Ampel als einziges Bündnis überhaupt verschlechterte und mit -1,7 den hintersten Platz einnahm (vgl. Tabelle 3).

Betrachtet man die Anhänger der einzelnen Parteien, wird die Lagerpräferenz noch deutlicher: Die Durchschnittswerte für Schwarz-Gelb lagen bei Unions- und FDP-Anhän-

**Tabelle 2: Koalitionspräferenzen vor den Bundestagswahlen 2009 und 2013**

	Alle	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke
Schwarz-Gelb	36,6 → 35,2	70,7 → 71,6	–	79,0 ↓ 70,7	–	–
Rot-Grün	22,2 → 24,2	–	55,6 → 57,2	–	60,6 → 63,8	–
Große Koalition*	13,5 ↑ 21,5	16,9 → 21,0	17,2 ↑ 27,2	–	–	–
Schwarz-Grün	3,7 → 4,0	6,0 → 4,4	–	–	8,6 → 13,0	–
Ampel	4,8 → 2,9	–	8,8 → 5,8	8,7 → 10,3	6,9 ↓ 0,0	–
Rot-Rot-Grün	16,9 → 12,2	–	13,8 ↓ 7,0	–	14,9 → 12,2	77,2 → 73,1
Jamaika**	2,3**	3,0**	–	2,2**	2,3**	–

\* keine getrennte Abfrage nach führender Koalitionspartei

\*\* in Vorwahlumfrage 2013 nicht abgefragt

Die erste Zahl in jeder Zelle gibt den Anteil aller Befragten beziehungsweise der jeweiligen Parteianhängerschaft (in Prozent) an, die 2009 eine Koalitionsvariante am besten bewertete, die zweite Zahl entsprechend für 2013. Die Pfeile symbolisieren die Entwicklung zwischen 2009 und 2013: →  $\Delta < \pm 5$ , ↑  $\Delta \geq +5$ , ↓  $\Delta \geq -5$  Prozentpunkte. In der Spaltensumme zu 100 fehlende Prozente entsprechen Präferenzen für eine Koalition ohne Beteiligung der präferierten Partei, die aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht angegeben werden.

Quelle: Eigene Darstellung. Vorwahl-Querschnittsbefragungen der German Longitudinal Election Study (2009: ZA5300, 2013: ZA5700). Einordnung als Anhänger nach dem höchsten Parteiskalometerwert (Bewertung mit 0 oder besser); falls aufgrund von Rangplatzbindungen oder fehlenden Werten nicht vorhanden, nach der Parteiidentifikation.

Geringfügige Unterschiede zu der für 2009 bereits vorgelegten Analyse von Evelyn Bytzek / Sascha Huber, Koalitionen und strategisches Wählen, in: Hans Rattinger / Sigrid Roßteutscher / Rüdiger Schmitt-Beck / Bernhard Weßels u.a. (Hrsg.), Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009, Baden-Baden 2011, S. 247 – 263, S. 252, ergeben sich zum einen durch die Anforderung einer Bewertung der präferierten Partei mit mindestens 0, zum anderen durch die Nichtberücksichtigung der 2013 nicht abgefragten sozialliberalen Koalition zwecks besserer Vergleichbarkeit. Die ebenfalls nur 2009 abgefragte Jamaika-Koalition wurde dennoch berücksichtigt, da sie (im Unterschied zu einer sozialliberalen Koalition) eine theoretisch denkbare Koalitionsmöglichkeit darstellte.

gern zwischen +2,0 und +2,5. In diesem Bereich bewegten sich zumindest 2013 auch die Rot-Grün-Bewertungen der sozialdemokratischen und grünen Sympathisanten. 2009 waren diese mit +1,4 beziehungsweise +1,7 schlechter, aber ebenfalls deutlich vor den Durchschnittswerten der Großen Koalition seitens der SPD-Anhänger (-0,4) und von Schwarz-Grün seitens der Grünen-Anhänger (-1,1). Die Aufwertung auch dieser lagerübergreifenden Zweierkoalitionen vor der Wahl 2013 (auf +0,6 beziehungsweise -0,5) verringerte die Differenz zu Rot-Grün im Fall der Großen Koalition von 1,8 auf 1,4, während die Differenz im Fall von Schwarz-Grün noch leicht wuchs (von 2,8 auf 3,0). Unter den Unions-Sympathisanten erfuhr die Große Koalition ebenfalls eine deutliche Besserbewertung (von -0,6 auf +0,8); der Abstand zu Schwarz-Gelb schrumpfte damit von 2,7 auf 1,7. Das Standing von Schwarz-Grün verbesserte sich hingegen nicht, wodurch hier die Kluft von 3,0 auf 3,4 noch zunahm. Die linke Dreierkoalition Rot-Rot-Grün war nur bei den Anhängern der Linken beliebt (+1,7 vor der Wahl 2009, +2,0 vor der Wahl 2013), die Sympathisanten von SPD und Grünen blieben trotz einer besseren Beurteilung von -0,7 beziehungsweise -0,4 auf -0,4 beziehungsweise +0,3 verhalten gegenüber einem Linksbündnis. Die schlechte Beurteilung der Ampel veränderte sich bei FDP- und Grünen-Anhängern kaum, bei den SPD-Anhängern verlor ein solches Bündnis weiter an Boden (von -0,5 auf -1,1). Jamaika war 2009 ebenfalls äußerst unbeliebt bei den Sympathisanten der betroffenen Parteien.

**Tabelle 3: Durchschnittlicher Skalometerwert von Koalitionen vor den Bundestagswahlen 2009 und 2013**

	Alle	Union	SPD	FDP	Grüne	Linke
Schwarz-Gelb	-0,5 → -0,2	+2,1 → +2,5	–	+2,4 → +2,4	–	–
Rot-Grün	-0,4 → -0,1	–	+1,4 ↑ +2,0	–	+1,7 ↑ +2,5	–
Große Koalition*	-1,1 ↑ +0,2	-0,6 ↑ +0,8	-0,4 ↑ +0,6	–	–	–
Schwarz-Grün	-1,6 → -1,4	-0,9 → -0,9	–	–	-1,1 ↑ -0,5	–
Ampel	-1,4 → -1,7	–	-0,5 ↓ -1,1	-1,3 → -1,1	-0,4 → -0,5	–
Rot-Rot-Grün	-1,5 → -1,5	–	-0,7 → -0,4	–	-0,4 ↑ +0,3	+1,7 → +2,0
Jamaika	-1,7**	-0,9**	–	-1,0**	-1,6**	–

\* keine getrennte Abfrage nach führender Koalitionspartei

\*\* in Vorwahlumfrage 2013 nicht abgefragt

Die erste Zahl in jeder Zelle gibt den Anteil aller Befragten beziehungsweise der jeweiligen Parteianhängerschaft (in Prozent) an, die 2009 eine Koalitionsvariante am besten bewertete, die zweite Zahl entsprechend für 2013. Die Pfeile symbolisieren die Entwicklung zwischen 2009 und 2013: →  $\Delta < \pm 0,5$ , ↑  $\Delta \geq 0,5$ , ↓  $\Delta \geq -0,5$ .

Quelle: Eigene Darstellung. Für weitere Hinweise siehe Tabelle 2. Auch hier weichen die Zahlen geringfügig von einer vorliegenden Analyse für 2009 ab, vgl. *Evelyn Bytzek*, Präferenzbildung in Zeiten von „Koalitionspolygamie“. Eine Untersuchung von Einflüssen auf Koalitionspräferenzen bei der Bundestagswahl 2009, in: *Thorsten Faas / Kai Arzheimer / Sigrid Roßteutscher / Bernhard Wefels* (Hrsg.), *Koalitionen, Kandidaten, Kommunikation. Analysen zur Bundestagswahl 2009*, Wiesbaden 2013, S. 43 – 56, S. 47.

Hinter Durchschnittswerten kann eine recht homogene Beurteilung ebenso stehen wie eine hochgradig heterogene. Daher soll noch die Einstufung der Koalitionsoptionen differenziert nach starker Befürwortung (+5/+4/+3), schwacher Befürwortung (+2/+1), Indifferenz (0), schwacher Ablehnung (-1/-2) und starker Ablehnung (-3/-4/-5) analysiert werden. Der bisherige Gesamteindruck bestätigt sich dabei (vgl. Tabelle 4).

Auf starken Zuspruch stieß bei durchschnittlich 24 Prozent der Wählerschaft Schwarz-Gelb, bei rund 20 Prozent Rot-Grün, bei etwa 16 Prozent die Große Koalition, bei 13 Prozent Rot-Rot-Grün, bei je vier Prozent Schwarz-Grün und die Ampel, bei drei Prozent Jamaika. Die schwachen Befürworter hinzugerechnet, lag die durchschnittliche Akzeptanz für Schwarz-Gelb wie für Rot-Grün bei etwa 40 Prozent. Bei der Großen Koalition waren es 2013 sogar 45 Prozent, 2009 (nach vier Jahren der CDU/CSU-SPD-Regierung) jedoch weniger als 28 Prozent. Mit letzterem Wert stand die Große Koalition nicht besser da als Rot-Rot-Grün. Schwarz-Grün, Ampel und Jamaika kamen auf eine Akzeptanz von je rund einem Fünftel der Wählerschaft. Am wenigsten Ablehnung erfuhr 2009 Rot-Grün (46 Prozent), gefolgt von Schwarz-Gelb (49 Prozent) und der Großen Koalition (56 Prozent), während 2013 die Große Koalition mit nur 31 Prozent Ablehnung deutlich vorne lag. Die übrigen lagerübergreifenden und Dreierkoalitionen wurden von 60 Prozent bis zu zwei Dritteln zurückgewiesen. Den mit 44 Prozent größten Anteil starker Gegner hatte dabei Rot-Rot-Grün.

Unter den Parteianhängern von Union und FDP wurde Schwarz-Gelb von 50 bis 60 Prozent stark befürwortet. Der Enthusiasmus für Rot-Grün der SPD- und Grünen-Sympathisanten war 2013 vergleichbar, 2009 begeisterte sich nur etwas mehr als ein Drittel beziehungsweise knapp 40 Prozent für diese lagerinterne Zweierkoalition. Das ist allerdings immer noch deutlich mehr als im Fall der Großen Koalition, die 2013 weniger als ein Viertel

**Tabelle 4: Skalometer-Einstufung von Koalitionen vor den Bundestagswahlen 2009 und 2013**

		starke Befürwortung	schwache Befürwortung	Indifferenz	schwache Ablehnung	starke Ablehnung
Schwarz- Gelb	Unions-Anhang	50,1 ↑ 60,4	24,9 → 22,9	13,0 ↓ 6,6	6,8 → 5,8	5,2 → 4,2
	FDP-Anhang	55,4 → 50,7	26,2 → 22,5	6,1 ↑ 18,3	7,3 → 5,6	4,8 → 2,8
	Befragte insg.	<b>22,2 → 26,7</b>	<b>16,0 → 15,4</b>	<b>13,1 → 11,3</b>	<b>17,1 → 16,8</b>	<b>31,8 → 29,7</b>
Rot- Grün	SPD-Anhang	34,0 ↑ 49,9	34,4 ↓ 25,1	15,5 → 13,1	9,3 → 6,2	6,7 → 5,7
	Grüne-Anhang	39,4 ↑ 56,5	33,7 ↓ 27,8	13,8 → 9,1	8,9 → 4,8	4,1 → 1,8
	Befragte insg.	<b>16,7 ↑ 22,6</b>	<b>21,7 → 19,3</b>	<b>15,2 → 15,0</b>	<b>20,1 → 19,5</b>	<b>26,2 → 23,6</b>
Große Koali- tion*	Unions-Anhang	15,8 ↑ 24,8	18,2 ↑ 29,6	15,7 ↑ 23,0	21,9 ↓ 13,7	28,5 ↓ 9,0
	SPD-Anhang	13,1 ↑ 22,5	22,3 → 24,8	18,2 ↑ 26,8	25,0 ↓ 15,6	21,6 ↓ 10,4
	Befragte insg.	<b>11,5 ↑ 19,7</b>	<b>16,2 ↑ 25,3</b>	<b>16,0 ↑ 24,1</b>	<b>21,9 ↓ 16,2</b>	<b>34,3 ↓ 14,7</b>
Schwarz- Grün	Unions-Anhang	5,6 → 8,5	23,0 → 20,4	19,6 → 19,0	26,7 → 26,5	25,1 → 25,7
	Grüne-Anhang	7,2 ↑ 13,6	15,3 ↑ 22,7	20,2 ↓ 13,0	25,8 → 26,9	31,4 ↓ 23,9
	Befragte insg.	<b>3,2 → 5,5</b>	<b>14,5 → 15,6</b>	<b>17,8 → 17,2</b>	<b>27,2 → 27,1</b>	<b>37,3 → 34,4</b>
Ampel	SPD-Anhang	11,1 → 6,7	27,9 ↓ 21,5	16,0 → 19,2	20,8 → 22,4	24,2 ↑ 30,1
	Grüne-Anhang	7,3 → 6,1	26,7 → 28,2	30,0 ↓ 20,6	15,8 ↑ 26,6	19,8 → 19,3
	FDP-Anhang	6,5 → 10,1	17,2 → 11,5	18,9 ↑ 31,9	21,9 ↓ 14,5	35,5 → 31,8
	Befragte insg.	<b>5,3 → 4,0</b>	<b>17,5 → 14,3</b>	<b>17,9 → 15,2</b>	<b>23,5 → 27,3</b>	<b>35,8 → 39,2</b>
Rot-Rot- Grün	SPD-Anhang	14,8 → 18,1	18,1 → 22,4	18,8 → 15,2	17,6 → 18,9	30,6 → 25,4
	Grüne-Anhang	17,1 ↑ 22,6	18,7 ↑ 27,5	18,7 → 15,1	20,0 → 16,9	25,6 ↓ 18,0
	Linke-Anhang	48,5 → 53,1	22,9 → 20,6	12,8 → 10,1	6,6 → 7,1	9,3 → 9,0
	Befragte insg.	<b>12,9 → 13,4</b>	<b>13,0 → 14,7</b>	<b>14,6 → 10,7</b>	<b>16,2 → 17,1</b>	<b>43,6 → 43,9</b>
Jamaika	Unions-Anhang	5,1**	25,1**	21,8**	19,5**	28,5**
	Grüne-Anhang	1,2**	16,3**	17,5**	26,4**	38,6**
	FDP-Anhang	4,4**	20,1**	25,8**	21,4**	28,3**
	Befragte insg.	<b>3,0**</b>	<b>15,7**</b>	<b>17,4**</b>	<b>22,8**</b>	<b>41,1**</b>

\* keine getrennte Abfrage nach führender Koalitionspartei

\*\* in Vorwahlumfrage 2013 nicht abgefragt

Die erste Zahl in jeder Zelle gibt den Anteil aller Befragten beziehungsweise der jeweiligen Parteienanhängerschaft (in Prozent) an, die 2009 eine Koalitionsvariante stark befürwortete (+5/+4/+3) / schwach befürwortete (+2/+1) / indifferent bewertete (0) / schwach ablehnte (-1/-2) / stark ablehnte (-3/-4/-5), die zweite Zahl entsprechend für 2013. Die Pfeile symbolisieren die Entwicklung zwischen 2009 und 2013: →  $\Delta < \pm 5$ , ↑  $\Delta \geq +5$  ↓  $\Delta \geq -5$  Prozentpunkte.

Quelle: Eigene Darstellung. Für weitere Hinweise siehe Tabelle 2.



der Unions- und SPD-Anhänger stark befürworteten, 2009 sogar nur rund ein Siebtel. Schwarz-Grün vermochte 2009 durchschnittlich nur bei jedem sechzehnten Unions- und Grünen-Anhänger Begeisterung hervorzurufen, 2013 bei jedem zwölften Unions-Sympathisanten und knapp jedem siebten Grünen-Anhänger. Die Ampel war nur bei rund einem Fünftel der betroffenen Anhängerschaften populär, mehr als ein Zehntel waren es 2009 nur in der sozialdemokratischen und 2013 in der liberalen Anhängerschaft. Die nur 2009 abgefragte Jamaika-Koalition fand sogar noch weniger Fans; vor allem unter den Grünen-Sympathisanten müssen diese mit der Lupe gesucht werden. Extrem auseinander fällt die Bewertung bezüglich einer rot-rot-grünen Dreierkoalition: Bei den Anhängern von SPD und Grünen schnitt sie nicht besser ab, als es die Große Koalition bei den Sympathisanten der beiden Volksparteien tat; die Begeisterung der Linken-Anhänger reichte hingegen an jene heran, die die lagerinternen Zweierkoalitionen Schwarz-Gelb und Rot-Grün unter den jeweiligen Parteianhängern auslöste.

Die schwachen Befürworter hinzugenommen, kommt man für Schwarz-Gelb und Rot-Grün auf eine Zustimmung in den Anhängerschaften von rund 70 bis über 80 Prozent, ebenso wie bei den Linken-Anhängern für Rot-Rot-Grün. Für die Große Koalition waren es 2009 etwas mehr als ein Drittel und rund die Hälfte 2013, ähnlich sah es für Rot-Rot-Grün seitens der SPD- und der Grünen-Präferierer aus. Bei Schwarz-Grün blieb die Zustimmung der Unions-Sympathisanten unter 30 Prozent, bei den Grünen-Sympathisanten lag sie 2009 rund sieben Punkte niedriger, 2013 rund sechs höher. Rote wie schwarze Ampeln (Jamaika) erfreuten sich des Wohlwollens eines knappen Viertels der FDP-Anhänger, die Grünen-Sympathisanten stimmten der roten Ampel zu einem Drittel zu, der schwarzen gerade einmal halb so häufig. Die Anhängerschaften der beiden Volksparteien erwärmten sich zu rund 30 Prozent für das respektive lagerübergreifende Dreierbündnis, bei der SPD 2009 zu knapp 40 Prozent.

Mehr oder weniger starken Widerwillen gegen Schwarz-Gelb und Rot-Grün hegten 2009 zwischen zwölf und 16 Prozent der jeweiligen Anhänger, 2013 sogar nur sieben bis zwölf Prozent. Der Anteil der Gegner eines lagerübergreifenden Zweierbündnisses betrug rund die Hälfte der betroffenen Anhängerschaften, 2013 belief er sich bei der Großen Koalition nur noch auf ein Viertel. Dreierbündnisse wurden mit einigen wenigen Ausnahmen von wenigstens rund 45 Prozent und bis zu zwei Dritteln der Anhängerschaften abgelehnt: „Nur“ etwas mehr als ein Drittel der Grünen-Sympathisanten verwarf 2009 die Ampel und 2013 eine rot-rot-grüne Koalition, und nur ein Sechstel der Linken-Anhänger sprach sich gegen ein solches Linksbündnis aus.

In der Gesamtschau fallen die Verschiebungen übersichtlich aus. Die Präferenzen der Wähler in puncto Koalitionen scheinen damit recht stabil zu sein. Die hiervon abweichenden weitreichenden Veränderungen bezüglich der Großen Koalition dürften mithin keine dauerhafte Erwärmung der Wählerschaft insgesamt sowie der Anhängerschaften der Volksparteien für eine „Elefantenhochzeit“ darstellen. Ihre Bewertung scheint eher konjunktureller Natur zu sein: In der direkten Folge einer Großen Koalition wird diese überwiegend abgelehnt, mit zeitlichem Abstand fällt der Blick auf ein derartiges Notbündnis wieder freundlicher aus, nach der nächsten Großen Koalition wird erneut die Ernüchterung überwiegen. Die schwarz-gelbe Lagerkoalition hingegen scheint gegenüber einem solchen Konjunkturverlauf vergleichsweise immun: Trotz einer überwiegend als mäßig bewerteten Performanz der schwarz-gelben Regierung stieg unter den Unionsanhängern der Anteil starker Befürworter deutlich an. Zieht man in Betracht, wie stark die FDP in den vier Jahren



Regierungsteilnahme demoskopisch und elektoral zu leiden hatte, hält sich der Rückgang der Schwarz-Gelb-Befürworter auch unter ihren Anhängern in Grenzen, zumal dies lediglich in Indifferenz umschlug, während der Anteil liberaler Schwarz-Gelb-Ablehner ebenfalls sank.

Die Skepsis der Parteianhänger gegenüber Schwarz-Grün, Ampel und Jamaika ist nach Ansicht des Meinungsforschers *Klaus-Peter Schöppner* Ausdruck stark differierender Werteprofile der Anhängerschaften und dürfte sich somit schwerlich im Sinne eines Gewöhnungseffekts beheben lassen. Ein hinreichendes gemeinsames Werteprofil der Parteigänger sieht er allenfalls für die Große Koalition, deren Wähler zumindest Pflichtbewusstsein und Moral einten.<sup>4</sup>

## 2. Wahlkämpfe unter den Vorzeichen der Lagerkoalitionen

Als zweiter Grund für eine kritische Bewertung der prekär gewordenen Mehrheitsfähigkeit von Lagerkoalitionen ist anzuführen, dass – aufgrund der Präferenz eines Großteils der Wähler – die Wahlkämpfe überwiegend unter den Vorzeichen dieser Wunschkoalitionen geführt werden. Zusammen stellten Schwarz-Gelb und Rot-Grün in den Ländern zwischen 2000 und 2012 über 80 Prozent aller präelektoralen Koalitionen. Die Regierungsbildung resultierte im selben Zeitraum hingegen nur zu 37 Prozent in einer schwarz-gelben oder rot-grünen Koalition, Alleinregierungen von CDU, CSU oder SPD mitgezählt zu 52 Prozent. Die Große Koalition als vermeintlich immer gangbare Rückfalloption wurde zwischen 1990 und 2012 bei etwas mehr als der Hälfte der Wahlen von der einen oder anderen Seite ausgeschlossen. Beiderseitiges Wunschbündnis wurde sie hingegen nur 1999 und 2003 in Bremen, 2004 und 2009 in Brandenburg sowie 2012 im Saarland. Sozialliberale Vorwahlkoalitionen gab es 1991 in Hamburg und 1996, 2001 sowie 2006 in Rheinland-Pfalz, eine rot-rot-grüne 2009 in Thüringen. Die Ampel wurde 2001 in Berlin von der FDP zur expliziten Wunschkoalition erhoben sowie von SPD und Grünen zumindest als Auffangoption für Rot-Grün erwogen. Die größte schwarz-grüne Offenheit im Wahlkampf bestand in einer Nichtzurückweisung entsprechender impliziter Wunschkoalitionssignale der Grünen durch die CDU 1994 in Thüringen und 2006 in Baden-Württemberg, die Jamaika-Koalition erreichte noch nicht einmal diesen Status.<sup>5</sup>

Wenn den Wählern vor der Wahl politische Alternativen vorgelegt werden, die sich nach der Wahl nur noch im Ausnahmefall in Regierungspolitik überführen lassen, „Wählermarkt“ und „Koalitionsmarkt“ also regelmäßig auseinanderfallen<sup>6</sup>, besteht darin ein demokratietheoretisches Problem. Der einzelne Wähler vermag immer weniger zu kalkulieren, welches potentielle Regierungsbündnis er durch seine individuelle Stimmabgabe für eine

4 Vgl. *Klaus-Peter Schöppner*, Neue Koalitionsstrategien braucht das Land, in: *Volker Kronenberg / Tilman Mayer* (Hrsg.), *Volksparteien. Erfolgsmodell für die Zukunft? Konzepte, Konkurrenten und Konstellationen*, Freiburg u.a. 2009, S. 259 – 276, S. 262 ff.

5 Vgl. *Volker Best*, *Koalitionssignale vor Landtagswahlen. Eine empirische Analyse von 1990 bis 2012*, Baden-Baden 2015 (im Erscheinen).

6 Vgl. *Hans Jörg Hennecke*, Wählermarkt und Koalitionsmarkt. Der strategische Zielkonflikt im deutschen Parteienwettbewerb, in: *Ralf Thomas Baus* (Hrsg.), *Zur Zukunft der Volksparteien. Das Parteiensystem unter den Bedingungen zunehmender Fragmentierung*, Sankt Augustin / Berlin 2009, S. 147 – 163.

bestimmte Partei herbeizuführen hilft, und kauft immer öfter die sprichwörtliche „Katze im Sack“. <sup>7</sup> Dass den Wählern an einer indirekten Mitbestimmung über die Regierung gelegen ist, wird aber dadurch unterstrichen, dass bei der Vorwahlbefragung 2009 mehr als ein Drittel eine Koalition besser bewertete als die von ihnen präferierte Partei und weitere 28 Prozent Koalition und Partei gleich gut evaluierten. <sup>8</sup> Übereinstimmend damit gaben bei einer Erhebung im April 2008 39 Prozent der Befragten an, dass für ihre persönliche Wahlentscheidung Koalitionsaussagen eine sehr wichtige Rolle spielten; weitere 35 räumten ihnen eine wichtige Rolle ein. Lediglich für sieben Prozent waren Koalitionssignale hinsichtlich ihrer Wahlentscheidung ohne Bedeutung. <sup>9</sup> Ziehen die Parteien zwar weiterhin mit den tradierten Wunschkoalitionen in die Wahlkämpfe, lässt das arithmetische Ergebnis dann aber – und oft vorhersehbar – nur die alternativen Koalitionsvarianten zu, liegt die Entscheidung über die Regierungszusammensetzung mehr denn je bei den Parteieliten. Damit droht die Teilnahme an Wahlen zunehmend an Attraktivität zu verlieren und die Parteienverdrossenheit zuzunehmen.

### 3. Auswirkungen Großer und komplexer Koalitionen auf die Parteien

Wenn nach der Wahl vermehrt Große und komplexe Koalitionen gebildet werden, von denen im Wahlkampf zuvor keine Rede war, sollte man perplexer Wähler erwarten. Diese können sich zwar im besten Fall früher oder später mit dem überraschend gebildeten Bündnis anfreunden, im schlechteren Fall behalten sie jedoch ihre Skepsis bei und bestrafen die beteiligten Parteien bei der Folgewahl für ihre „Koalitionspolygamie [...] am Wählerwillen vorbei“ <sup>10</sup>. Theoretisch spricht einiges dafür: Lagerübergreifende Koalitionen haben größere programmatische Differenzen zu überbrücken als lagerinterne Koalitionen. In kleinen lagerübergreifenden Zweierkoalitionen droht daher vor allem der kleinere Partner inhaltlich unkenntlich zu werden. In den lagerübergreifenden Dreierkoalitionen Ampel und Jamaika hat einer der kleinen Partner fast zwangsläufig den Status eines Außenseiters. Er muss fürchten, außer einigen Veto-Positionen kaum etwas durchsetzen zu können und bei der nächsten Wahl für sein „Überlaufen“ empfindlich, ja potentiell sogar existenzbedrohend abgestraft zu werden. <sup>11</sup> Auch der kaum vermeidbare Dauerkonflikt zwischen den beiden kleinen Partnern um den Platz als „Nummer zwei“ sorgt dafür, dass sich bei den Wäh-

7 Vgl. Eckhard Jesse, Koalitionsaussagen der Parteien vor Bundestagswahlen, in: ders. / Eckhart Klein (Hrsg.), Das Parteienspektrum im wiedervereinigten Deutschland, Berlin 2007, S. 85 – 96, S. 96.

8 Vgl. Evelyn Bytzek, Präferenzbildung in Zeiten von „Koalitionspolygamie“. Eine Untersuchung von Einflüssen auf Koalitionspräferenzen bei der Bundestagswahl 2009, in: Thorsten Faas / Kai Arzheimer / Sigrid Rofsteutscher / Bernhard Wessels (Hrsg.), Koalitionen, Kandidaten, Kommunikation. Analysen zur Bundestagswahl 2009, Wiesbaden 2013, S. 43 – 56, S. 49.

9 Vgl. Infratest dimap, ARD DeutschlandTREND, April 2008.

10 Klaus-Peter Schöppner, a.a.O. (Fn. 4), S. 260.

11 Vgl. Torsten Oppelland, Aushandeln statt Durchregieren, in: Die Politische Meinung, 53. Jg. (2008), H. 8, S. 10 – 14, S. 12 f. Für den Fall, dass beide Varianten möglich sind, ergibt sich folgerichtig schon bei der Bildung der beiden Dreierkonstellationen ein Problem, da „die beiden Teile des Scharniers [aus Grünen und FDP] in verschiedene Richtungen streben“ (Frank Decker, Koalitionsaussagen der Parteien vor Wahlen. Eine Forschungsskizze im Kontext des deutschen Regierungssystems, in: ZParl, 40. Jg. (2009), H. 2, S. 431 – 453, S. 447).

lern leicht der elektoral fatale Eindruck mangelnder Handlungsfähigkeit und ständiger Zerstrittenheit einstellen kann.<sup>12</sup> Letztlich müssen alle Beteiligten fürchten, durch die Perforierung des eigenen programmatischen Profils in einer so komplexen Koalition „normativ auszubluten“<sup>13</sup>. Hinzu kommt die den Wählern nur schwer vermittelbare „irritierende Gleichzeitigkeit höchst unterschiedlicher Koalitionssituationen in Bund, Ländern und Kommunen“<sup>14</sup>. Zudem handelt es sich bei lagerübergreifenden Zweier- wie Dreierbündnissen um „Koalitionen der Unwilligen“<sup>15</sup>, die ein höheres Risiko vorzeitigen Scheiterns in sich tragen. Insbesondere bei Bündnissen der beiden Großparteien ist mit einem konfliktreicherem Koalitionsalltag zu rechnen, da die Konkurrenzsituation um die Position der stärksten Partei fortdauert. Die „Unwilligkeit“ wird bei diesem Modell zudem noch durch den Eindruck verstärkt, dass Erfolge der gemeinsamen Regierungsarbeit vorwiegend dem Seniorpartner zugeschrieben werden.

Die empirischen Studien, die zu dem Aspekt der Auswirkungen Großer und komplexer Koalitionen auf die Parteien vorliegen, vermitteln demgegenüber den Eindruck, es gebe hier keinen Grund zur Sorge. So stellen komplexe Koalitionen (exekutiv oder legislativ) aus mehr als zwei Parteien *Stephan Klecha* zufolge zwar nicht für die kleinen Koalitionspartner, wohl aber „aus Sicht von SPD und Union sehr ertragreiche Konstellationen“<sup>16</sup> dar; laut *Hans-Jörg Dietsche* können sie für diese „als ‚Durchgangsstationen‘ in einem segmentierten Parteienwettbewerb dienen, um wieder zu eindeutigeren Mehrheiten zu gelangen“<sup>17</sup>. Auf den ersten Blick scheinen die Fälle seit 1990<sup>18</sup> diese Schlussfolgerung zu erlauben, denn die SPD ist aus vier von sechs, die CDU aus zwei von zwei auf eine komplexe Koalition folgenden Wahlen mit Stimmengewinnen hervorgegangen, während die kleineren Partner, insbesondere die FDP, zumeist Verluste zu gewärtigen hatten (vgl. Tabelle 5).

Jedoch ist Skepsis angebracht, ob die Resultate der an einer komplexen Koalition beteiligten Parteien bei den Folgewahlen tatsächlich „immer auch [als] ein Zeugnis über ihre Arbeit im Lande“<sup>19</sup> interpretiert werden können. Zu Recht ist *Dietsche* in der Fallauswahl restriktiver als *Klecha* und lässt den „Berliner ‚Übergangssenat‘ von 2001 [...] als reine Übergangsregierung bis zur Abhaltung von Landtagswahlen“ außer Acht, der „keine Gestaltungswirkung entfaltet[e]“<sup>20</sup>. Auch die brandenburgische Landtagswahl 1994 sowie die Hamburger Bürgerschaftswahl 2004 taugen kaum als Beispiel für eine Beurteilung der

12 Vgl. *Hans-Jörg Dietsche*, „Ampel“- und „Jamaika“-Bündnisse als Modelle zukünftiger Mehrheitsbildung. Zu den Entwicklungsperspektiven kleinerer Parteien in Mehrparteienkoalitionen, in: *Ralf Thomas Baus* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 6), S. 165 – 177, S. 171 ff.

13 *Franz Walter*, Baustelle Deutschland. Politik ohne Lagerbindung, Frankfurt am Main 2008, S. 216.

14 *Hans-Jörg Hennecke*, a.a.O. (Fn. 6), S. 148.

15 Ebenda.

16 *Stephan Klecha*, Komplexe Koalitionen: Welchen Nutzen bringen sie den Parteien?, in: ZParl, 42. Jg. (2011), H. 2, S. 334 – 346, S. 346.

17 *Hans-Jörg Dietsche*, a.a.O. (Fn. 12), S. 175.

18 Eine Einbeziehung der zahlreichen Fälle in den 1950er Jahren wie bei *Klecha* bietet sich angesichts stark gewandelter Kontextbedingungen nicht an. Als Fälle hinzugekommen sind die Jamaika-Koalition im Saarland (2009 bis 2012) und die rot-grüne Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen (2010 bis 2012).

19 *Stephan Klecha*, a.a.O. (Fn. 16), S. 344.

20 *Hans-Jörg Dietsche*, a.a.O. (Fn. 14), S. 167.

Tabelle 5: Wahlergebnisveränderungen der Parteien nach Ende komplexer Koalitionen

	SPD	CDU	FDP	Grüne	PDS/Linke	Sonstige	Saldo
BB 1994	+15,9	–	-4,4	-6,4	–	–	+5,1
HB 1995	-5,4	–	-6,1	+1,7	–	–	-9,8
ST 1998	+1,9	–	–	-1,9	-0,3	–	±0 / -0,3
BE 2001	+7,3	–	–	-0,8	+4,9	–	+11,4
HH 2004	–	+21,0	-2,3	–	–	-15,9*	+2,8
(HE 2009)	(-13,0)	–	–	(+6,2)	(+0,3)	–	(-6,5)
SL 2012	–	+0,7	-8,0	-0,9	–	–	-8,2
NW 2012	+4,6	–	–	-0,8	–	–	+3,8

\* Für die Hamburger Bürgerschaftswahl 2004 wurden für die zerfallene „Schill-Partei“ (Partei Rechtsstaatlicher Offensive) die Ergebnisse von Pro DM/Schill (3,1 Prozent) und Offensive (0,4 Prozent) zusammengerechnet.

Anmerkung: In Bezug auf die Fragestellung wenig aussagekräftige Fälle sind grau gedruckt, die Einklammerung des hessischen Falls erfolgt, weil hier die intendierte Regierungsbildung überhaupt nicht stattgefunden hatte.

Quelle: Eigene Darstellung.

Regierungsarbeit komplexer Koalitionen. Beide Bündnisse zerbrachen aufgrund von Querelen um die Person des Regierungschefs. In Brandenburg waren es vom Bündnis 90 vorgebrachte Stasi-Vorwürfe gegen SPD-Ministerpräsident *Manfred Stolpe*, die in der Bevölkerung eine Solidarisierungswelle auslösten und die Landtagswahl in ein Personalplebiszit über den überaus populären Regierungschef verwandelten.<sup>21</sup> In Hamburg gewann CDU-Bürgermeister *Ole von Beust* an Format als er den skandalumwitterten rechtspopulistischen Senator *Ronald Schill* als Reaktion auf dessen Erpressungsversuch in Sachen sexueller Orientierung *von Beusts* entließ. In der Folge zerlegte sich *Schills* Partei dann komplett; ihre Konkursmasse ging in der vorgezogenen Neuwahl an *von Beusts* CDU.<sup>22</sup> Im Saarland boten die FDP-internen personellen Streitigkeiten der neuen CDU-Ministerpräsidentin *Annegrät Kramp-Karrenbauer* Anlass, die Jamaika-Koalition aufzukündigen. Die Saar-FDP wurde somit wohl weniger aufgrund ihrer mangelnden Durchsetzungskraft in der Koalition abgewählt, als vielmehr infolge des katastrophalen Bildes, das Fraktion und Landesverband abgaben.<sup>23</sup> Das hessische Beispiel ist auch nur bedingt aussagekräftig, da die angestrebte rot-grüne Minderheitsregierung unter Tolerierung der Linken ja letztlich gar nicht zustande kam. Insofern könnte man die somit fällige Neuwahl zwar nicht als Beurteilung der Regierungsleistung interpretieren, wohl aber als Beurteilung der Bereitschaft, diese komplexe Koalition überhaupt einzugehen. Diese hingte sich aber hauptsächlich an der Glaub-

21 Vgl. ebenda, S. 169; *Anne-Kathrin Oeltzen*, Die SPD in Brandenburg, in: *Jakob Lempp* (Hrsg.), Parteien in Brandenburg, Berlin 2008, S. 59 – 89, S. 64; *Richard Stöss*, Das Parteiensystem Brandenburgs, in: *Uwe Jun / Melanie Haas / Oskar Niedermayer* (Hrsg.), Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden 2008, S. 167 – 191, S. 173.

22 Vgl. *Patrick Horst*, Die Neuwahl zur Hamburger Bürgerschaft vom 29. Februar 2004: Die Hanseaten und Angela Merkel finden einen politischen Hoffnungsträger, in: ZParl, 35. Jg. (2004), H. 2, S. 252 – 270, S. 253.

23 Vgl. *Jürgen Winkler*, Die saarländische Landtagswahl vom 25. März 2012. Von Jamaika zur Großen Koalition, in: ZParl, 43. Jg. (2012), H. 3, S. 507 – 524, S. 508 f.

würdigkeitsfrage auf, nachdem SPD-Spitzenkandidatin *Andrea Ypsilanti* noch vehement bestritten hatte, auf die Unterstützung der Linken zurückgreifen zu wollen.<sup>24</sup>

Damit verbleiben noch drei Beispiele: In Sachsen-Anhalt war die Bilanz 1998 durchwachsen. Die SPD gewann 1,9 Prozentpunkte zu Lasten ihres grünen Juniorpartners, für den dies das Ausscheiden aus dem Landtag bedeutete. Die PDS verlor auch leicht, obwohl sie als bloßer Stützpartner nicht formell der Regierung angehörte. Die Komplexität dieses Bündnisses lag allerdings nur in der Anzahl involvierter Parteien, nicht in einem Transzendieren politischer Lager.<sup>25</sup> Die rot-grüne Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen hatte mit SPD und Grünen nur zwei formelle Teilnehmer, eine feste Unterstützerpartei gab es nicht. Stattdessen bildete sie – zum Teil auch lagerübergreifende – ad-hoc-Mehrheiten, wobei sie davon profitierte, dass FDP und Linke fürchten mussten, bei Neuwahlen ihre parlamentarische Vertretung zu verlieren.<sup>26</sup> Insofern schlug bei ihr die Komplexität des Regierungsformats vorwiegend positiv (in Form einer großen, markenkernstärkenden Freiheit in der Mehrheitssuche sowie – durch das Ausstrahlen von allseitiger Offenheit – einer präsidentiellen Wahrnehmung der Ministerpräsidentin *Hannelore Kraft*) und kaum negativ (in Form von koalitionsinternen Konflikten und Instabilität) zu Buche. Als typisch für komplexe Koalitionen kann das – dem Fazit von *Klecha* und *Dietsche* entsprechende – Resultat der Folgewahl daher nicht gelten. Als aussagekräftigstes Beispiel bleibt damit die Ampelkoalition in Bremen übrig. *Dietsche* hält hierzu fest:

„Eine Hauptursache für das schlechte Abschneiden der SPD und auch der bürgerlichen FDP in Bremen war der Erfolg der AFB (Wählervereinigung ‚Arbeit für Bremen und Bremerhaven‘), einer rechten Abspaltung der SPD, die aus dem Stand 10,7 Prozent der Stimmen erzielte. Die AFB hatte sich Anfang 1995 mit dem Ziel konstituiert, eine Neuauflage der ‚Ampel‘ zu verhindern und stattdessen eine bürgerlich geprägte ‚Sanierungskoalition‘ anzustreben. Damit war der Erfolg der AFB unvermittelter Ausdruck der Unzufriedenheit eines Teils der SPD-Wähler – und offensichtlich auch eines Teils der FDP-Klientel – mit der Politikgestaltung durch ihre Partei in der Konstellation ‚Ampelkoalition‘. Als ‚Sieger‘ aus diesem von Dauerkonflikten gekennzeichneten Dreierbündnis gingen die Grünen hervor, die sich mit einer gewissen Kompromisslosigkeit in der Verfolgung ihrer politischen Ziele gegenüber ihrer Wählerklientel erfolgreich auf Kosten der anderen Koalitionäre profiliert hatten.“<sup>27</sup>

Bei näherer Prüfung der Beispielfälle daraufhin, was sie tatsächlich über die Auswirkungen des Koalitionsformats auszusagen vermögen, lassen sich komplexe Koalitionen auch aus Volksparteiensicht nicht als „sehr ertragreich“ einordnen, obgleich das Bremer Gegenbeispiel allein sicherlich keine hinreichende Evidenz für die – theoretisch gut fundierte – gegenteilige Vermutung einer für alle Beteiligten elektoral gefährlichen Bündnisform darstellt. Hier bleiben weitere Fälle abzuwarten.

Dass nicht alle Beispielfälle gleich gut geeignet sind, um Schlüsse über die Auswirkungen bestimmter Bündnisformen auf die beteiligten Parteien zu ziehen, zeigt sich auch mit

24 Vgl. *Rüdiger Schmitt-Beck / Thorsten Faas*, Die hessische Landtagswahl vom 18. Januar 2009. Der „ewige Koch“, in: ZParl, 40. Jg. (2009), H. 2, S. 358 – 370, S. 362.

25 Gleiches würde für die Hamburger Koalition aus CDU, FDP und Schill-Partei gelten, wenn die Wahl 2004 nicht bereits als wenig geeignetes Beispiel eingestuft worden wäre (siehe oben).

26 Vgl. *Steffen Ganghof / Christian Stecker / Sebastian Eppner / Katja Heefß*, Flexible und inklusive Mehrheiten? Eine Analyse der Gesetzgebung der Minderheitsregierung in NRW, in: ZParl, 43. Jg. (2012), H. 4, S. 887 – 900, S. 894 ff.

27 *Hans-Jörg Dietsche*, a.a.O. (Fn. 12), S. 168 f.

Blick auf Große Koalitionen. Auf Grundlage der Gewinne und Verluste von CDU beziehungsweise SPD nach großkoalitionären Regierungszeiten in Bund und Ländern bis 2011 behauptet *Evelyn Bytzek*, es lasse sich kein Muster eines besseren Abschneidens des Seniorpartners ausmachen.<sup>28</sup> Die beiden ausgeprägtesten Gegenbeispiele, die Ergebnisse der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 1998 und der Berliner Abgeordnetenhauswahl 2001, können jedoch kaum als Leistungsbewertung der amtierenden Großen Koalitionen interpretiert werden. In Mecklenburg-Vorpommern fand die Wahl zeitgleich zur Bundestagswahl 1998 statt und stand damit stark in deren Schatten.<sup>29</sup> In Berlin handelte es sich um eine von der SPD im Verbund mit Grünen und PDS durchgesetzte vorgezogene Neuwahl, um die Bankenaffäre ihres langjährigen Seniorpartners CDU dafür zu nutzen, sich endlich aus der ungeliebten Großen Koalition zu befreien.<sup>30</sup> Nach Kontrolle auf starke bundespolitische Überlagerung und wahlentscheidende Skandale verbleiben 14 von 18 Fälle (vgl. Tabelle 6).<sup>31</sup> In neun davon schnitt der Seniorpartner deutlich besser ab als der Juniorpartner, nur zwei Mal war es andersherum.<sup>32</sup> Letztere Fälle lassen sich beide als Ausnahmen erklären: Bei der Bundestagswahl 1969 konnte der Juniorpartner SPD deswegen von der Großen Koalition profitieren, weil die Partei die Chance genutzt hatte, sich auf diese Weise als Regierungspartei zu qualifizieren.<sup>33</sup> In Sachsen-Anhalt hatte sich 2011 der

- 28 Vgl. *Evelyn Bytzek*, Wer profitiert von Großen Koalitionen? Öffentliche Wahrnehmung und Wirklichkeit, in: *Frank Decker / Eckhard Jesse* (Hrsg.), Die deutsche Koalitionsdemokratie vor der Bundestagswahl 2013, Wiesbaden 2013, S. 437 – 455, S. 440 f.
- 29 Vgl. *Nikolaus Werz / Jochen Schmidt*, Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 27. September 1998: Weichenstellung zur rot-roten Koalition, in: *ZParl*, 30. Jg. (1999), H. 1, S. 97 – 117, S. 115.
- 30 Vgl. *Ingrid Reichart-Dreyer*, Das Parteiensystem Berlins, in: *Uwe Jun / Melanie Haas / Oskar Niedermayer* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 21), S. 147 – 166, S. 153 f.
- 31 Aufgrund einer starken bundespolitischen Überlagerung sind noch zwei weitere von der Analyse auszuschließen: Bei der thüringischen Landtagswahl 1999 verlor die Landes-SPD nicht aufgrund ihrer Juniorpartnerschaft in der Großen Koalition, sondern wurde (genauso wie zeitgleich in Sachsen und Brandenburg) stellvertretend für die Anlaufschwierigkeiten der rot-grünen Bundesregierung abgestraft, vgl. *Karl Schmitt*, Die Landtagswahlen in Brandenburg und Thüringen vom 5. und 12. September 1999. Landespolitische Entscheidungen im Schlagschatten der Bundespolitik, in: *ZParl*, 31. Jg. (2000), H. 1, S. 43 – 68, S. 51 f. Bei der brandenburgischen Landtagswahl 2004 rückte die Bundespolitik in Form der umstrittenen Hartz-IV-Sozialreform in den Mittelpunkt, vgl. *Anne-Kathrin Oeltzen*, a.a.O. (Fn. 23), S. 70; *Richard Stöss*, a.a.O. (Fn. 21), S. 178 f.
- 32 In zwei der verbleibenden drei Fälle veränderten sich beide Stimmenanteile kaum. Einmal schnitt der Seniorpartner leicht besser ab, einmal der Juniorpartner. Im dritten Fall (Bremen 2007) verloren beide in ähnlichem Maße deutlich. Dass hierbei der christdemokratische Juniorpartner etwas glimpflicher davonkam, kann damit erklärt werden, dass er – nachdem die erste Große Koalition noch Zugewinne für beide Parteien gebracht hatte (allerdings deutlich größere für den Seniorpartner) – nach vier weiteren großkoalitionären Jahren bereits starke Einbußen zu gewärtigen gehabt hatte (während die SPD verschont worden war). Zudem hatte die SPD anderthalb Jahre vor der Bürgerschaftswahl 2007 den Bürgermeister ausgewechselt.
- 33 Vgl. *Peter Lösche / Franz Walter*, Die SPD. Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung, Darmstadt 1992, S. 148. Rein elektoral gesehen ist sogar fraglich, ob man von einem Profitieren der SPD von der ersten Großen Koalition überhaupt reden kann. Da die Koalition nicht unmittelbar nach der Bundestagswahl 1965, sondern erst im Spätherbst 1966 eingegangen wurde, könnte man argumentieren, dass die Umfragewerte zu diesem Zeitpunkt den eigentlichen Referenzwert darstellen. Damals hatte die SPD in Folge der chaotischen Anmutung der Union in der Endphase der



beliebte CDU-Ministerpräsident *Wolfgang Böhmer* zum regulären Ende der Wahlperiode zurückgezogen. Sein designierter Nachfolger *Reiner Haseloff* konnte somit nicht von einem Amtsbonus profitieren.

Nur in einem Fall (Bremen 1999) konnten sich beide Partner deutlich verbessern. Klare Verluste beider Partner standen demgegenüber vier Mal zu Buche. Zehnmal war das Gesamtergebnis der beiden Großparteien negativ, nur vier Mal positiv; und während die kollektiven Zugewinne sich mit Ausnahme der nach dem erfolglosen Ampel-Experiment ersehnten Bremer „Sanierungskoalition“ von 1995 bis 1999 auf weniger als 2,5 Prozentpunkte beschränkten, lagen die kollektiven Einbußen fünfmal bei 7,5 Prozentpunkten und mehr.

Auch Große Koalitionen scheinen damit tendenziell Stimmeneinbußen für die Regierungsparteien zu bedeuten. Zudem hat sich der Juniorpartner auf ein gegenüber dem Senior schlechteres Abschneiden einzurichten. So kann er die Vorzeichen des Bündnisses nicht umkehren, und seine Chancen auf eine Mehrheitsbildung jenseits der Großen Koalition sinken ebenfalls.

**Tabelle 6: Wahlergebnisveränderungen von Seniorpartner und Juniorpartner nach Ende Großer Koalitionen**

	Seniorpartner	Juniorpartner	Differenz Senior - Junior	Saldo
Bund 1969	-1,5	+3,4	-4,9	+1,9
Bund 2009	-1,4	-11,2	+9,8	-12,6
BW 1996	+1,7	-3,7	+5,4	-2,0
BE 1995	-3,0	-6,8	+3,8	-9,8
BE 1999	+3,4	-1,2	+4,6	+2,2
BE 2001	-17,0	+7,3	-24,3	-9,7
BB 2004	-7,4	-7,1	-0,3	-14,5
BB 2009	+1,1	+0,4	+0,7	+1,5
HB 1999	+9,2	+4,5	+4,7	+13,7
HB 2003	-0,3	-7,3	+7,0	-7,6
HB 2007	-5,6	-4,2	-1,4	-9,8
MV 1998	-7,5	+4,8	-12,3	-2,7
MV 2011	+5,4	-5,8	+11,2	-0,4
SN 2009	-0,9	+0,6	-1,5	-0,3
ST 2011	-3,7	+0,1	-3,8	-3,6
SH 2009	-8,7	-13,3	+4,6	-22,0
TH 1999	+8,4	-11,1	+19,5	-2,7
TH 2014	+2,3	-6,1	+8,4	-3,8

Anmerkung: In Bezug auf die Fragestellung wenig aussagekräftige Wahlen sind grau gedruckt.

Quelle: Eigene Darstellung.

Regierung *Erhard* deutlich vor dieser gelegen, vgl. *Peter März*, Wirksame Krisenbekämpfung oder lähmendes Kartell? Große Koalitionen im Bund, in: *Eckhard Jesse / Roland Sturm* (Hrsg.), Bilanz der Bundestagswahl 2009. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, Baden-Baden 2012, S. 71 – 96, S. 95.



#### 4. Revitalisierung der Lagerkoalitionen

Wenn Große und komplexe Koalitionen programmatisch perforierte Parteien und perplexen Wähler zurücklassen, muss über einen Weg zur Revitalisierung der Lagerkoalitionen nachgedacht werden, die den Parteien verschmerzbar Kompromisse abnötigen und den Wählern zuverlässige Auswahlmöglichkeiten bieten.<sup>34</sup> Als Lösungsansätze werden in der Politikwissenschaft immer nur das britische Mehrheitswahlsystem oder ein Grabenwahlsystem diskutiert. Mit Ausnahme einiger weniger Autoren werden beide Wahlsysteme für die Bundesrepublik in der Regel zu Recht verworfen, da sie die Problematik einseitig und rücksichtslos zulasten der kleinen Parteien lösen, ohne letztlich verlässlich eine problemlose Mehrheitsbildung garantieren zu können<sup>35</sup>, wie die amtierende Koalitionsregierung in Großbritannien beweist.

Eine schonendere und gleichzeitig effektivere Alternative böte demgegenüber eine Wahlsystemreform nach italienischem Vorbild.<sup>36</sup> Die relativ stärkste Partei oder das relativ stärkste gemeinsam zur Wahl antretende Parteienbündnis (zum Beispiel Rot-Grün oder Schwarz-Gelb) erhält dabei eine absolute Mehrheit der Sitze, die Disproportionalität wirkt also zugunsten der (großen und kleinen) Gewinner und zulasten der (großen und kleinen) Verlierer, die hoffen können, bei der nächsten Wahl selbst vom Mehrheitsbonus zu profitieren. Den Parteien würden die resultierenden „Koalitionen der Willigen“ eine bessere Wahrnehmung ihrer programmatischen Markkerne ermöglichen.

Aus Perspektive der bürgerlichen Parteien, die sich nach der formalen Aufkündigung der Segmentierung im linken Lager nicht sicher sein können, wie lange diese faktisch noch

34 Rationales Wahlverhalten ist in Lagerkoalitionsszenarien verbreiteter als in komplexen Koalitionsszenarien, vgl. *Sascha Huber*, Strukturen des politischen Kontexts und die demokratische Kompetenz der Wähler. Experimentelle Studien zur Urteils- und Entscheidungsbildung, Baden-Baden 2012, S. 350.

35 Die faktische Verbannung der kleinen Parteien aus dem Parlament bei einer relativen Mehrheitswahl nach britischem Vorbild hält *Georg Geismann* für vertretbar, da die beiden Großparteien deren „gut[e] und kompromissfähig[e] Figuren“ integrieren und sich zum Sachwalter von deren früheren Wählern machen würden, vgl. *ders.*, Regierungs- oder Bekenntniswahlssystem? Ein Plädoyer für das relative Mehrheitswahlrecht, in: APuZ, B 38 / 39 (2014), S. 25 – 29, S. 26. Bei *Gerd Strohmeiers* „gemäßigter Mehrheitswahl“ (vgl. *ders.*, Ein Plädoyer für die „gemäßigte Mehrheitswahl“ – optimale Lösung für Deutschland, Vorbild für Österreich und andere Demokratien, in: ZParl, 38. Jg. (2007), H. 3, S. 578 – 602) würden die kleinen Parteien überleben, aber durch nur noch ein Fünftel oder ein Sechstel proportional zu vergebender Sitze zu unbedeutenden Randerscheinungen degradiert. *Harald Schoen* weist darauf hin, dass diese den Fraktionsstatus, für den bei Ausbleiben von Direktmandaten 20 beziehungsweise 30 Prozent der Zweitstimmen nötig wären, wohl verpassen würden. Selbst bei Gleichstellung der Gruppen mit Fraktionen wäre die parlamentarische Arbeitsfähigkeit bei einer Stärke von etwa zehn bis fünfzehn Abgeordneten nicht sichergestellt. Dennoch hätte ein solches Wahlsystem 2005 keine „manufactured majority“ für eine Lagerkoalition erbracht, vgl. *ders.*, Eine optimale Lösung? Eine Replik auf *Gerd Strohmeier* in Heft 3/2007 der ZParl, in: ZParl, 38. Jg. (2007), H. 4, S. 862 – 865, S. 863 f.

36 Vgl. *Volker Best*, Wie weiter nach dem Ende der Wunschkoalitionen? Institutionelle Konsequenzen und Reformvorschläge, in: *Frank Decker / Eckhard Jesse* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 28), S. 299 – 320, S. 305 ff. Vernünftigerweise wäre dieser mehrheitsdemokratische Umbau des Regierungssystems mit einer Bundesratsreform zu kombinieren, die der „manufactured majority“ dann auch das „Durchregieren“ erleichterte. Vgl. für einen konkreten Vorschlag *ders.*, Dem Parteienwettbewerb die Beuteorientierung nehmen. Plädoyer für eine Direktwahl der Minister, in: *Journal für Generationengerechtigkeit*, 11. Jg. (2011), H. 2, S. 59 – 64, S. 60.

fortwirkt, hätte ein solches Wahlsystem den Vorteil, dass SPD und Grüne, wenn sie auf das Stimmenreservoir der Linken zurückgreifen möchten, dies vorher klar benennen müssten. SPD und Grüne könnten ebenfalls profitieren: Für den Fall, dass sie sich eine relative Mehrheit ohne die Linken zutrauen, müssten sie im Wahlkampf nicht gegen Rot-Rot-Grün-Unterstellungen der Union ankämpfen. Zudem scheint im Bund die Mehrheitsfähigkeit der rot-grünen Wunschkoalition ohne einen Wahlsystemwechsel bis auf Weiteres kaum herzustellen. Dass im Falle einer Verhältniswahl mit Mehrheitsprämie ein linker Machtwechsel durch Die Linke nicht mehr unbedingt verhindert würde, dürfte den Druck auf sie mindern, von ihren – elektoral ertragreichen – Maximalpositionen abzurücken. Entschlüsse sie sich aber doch, näher an SPD und Grüne heranzurücken und würde dergestalt schon vor der Wahl Teil von deren Bündnis, stellte dies für sie einen Akzeptanzgewinn dar; zudem wäre mit weniger „friendly fire“ im linken Lager zu rechnen.

Mithin könnte die Einführung einer Mehrheitsprämie nach italienischem Vorbild von allen derzeit im Parlament vertretenen Parteien als Chance gesehen werden. Damit scheint der Vorschlag, obwohl bis dato noch nicht auf der politischen Agenda, nicht hoffnungslos unrealistisch. Relative Mehrheits- oder Grabenwahlsysteme liegen derzeit hingegen einzig im Interesse der Union. Selbst wenn die derzeit klar schwächere SPD hiervon zu überzeugen sein sollte, wäre seitens der kleinen Parteien wie auch der Bevölkerung mit erbittertem Widerstand zu rechnen.<sup>37</sup> Eine Reform nach italienischem Vorbild dürfte von den Wählern aufgrund der Transparenz der zur Wahl stehenden Koalitionsbildungsvarianten hingegen positiv bewertet werden. Die wieder stärker mögliche Unterscheidbarkeit der politischen Lager könnte zum Abbau der grassierenden Parteienverdrossenheit beitragen.

Angesichts der ausgeprägten Koalitionsdisziplin im deutschen parlamentarischen System könnte die der siegreichen Seite zugeteilte Sitzmehrheit auf 51 Prozent (gegenüber 54 Prozent in Italien) beschränkt werden, um die Disproportionalität möglichst gering zu halten. Angewendet auf die Bundestagswahl 2005 hätte ein so ausgestaltetes Verhältniswahlrecht mit Mehrheitsprämie gegenüber den proportionalen Stimmenanteilen (also ohne Berücksichtigung von Überhangmandaten) einen Aufschlag für Schwarz-Gelb in Höhe von neun Prozent bedeutet, für das segmentierte linke Lager ein Minus von acht Prozent. Zu zwei Dritteln hätte sich der Mehrheitsbonus allerdings durch eine einseitige Zuteilung der Mandate decken lassen, die aufgrund des Scheiterns kleinerer Parteien an der Fünf-Prozent-Hürde auf die im Parlament vertretenen Parteien über ihren proportionalen Stimmenanteil hinaus verteilt werden. So gesehen hätte der Mehrheitsbonus von Union und FDP 2005 über 13 Prozent, der Abschlag für das segmentierte linke Lager hingegen nur vier Prozent betragen. Im Fall der Bundestagswahl 2013 hätten die Restsitze die nur schmale für die Union notwendige Mehrheitsprämie sogar komplett abgedeckt. Der hohe Stimmenanteil parlamentarisch nicht repräsentierter Parteien sorgte hier für einen um 19 Prozent erhöhten Sitzanteil der vier Parlamentsparteien; bei einem Verhältniswahlrecht mit Mehrheitsprämie wären es 23 Prozent bei der Union und 15 Prozent bei den drei linken Parteien gewesen.

37 Vgl. *Jürgen W. Falter*, Mehrheitswahl und Regierbarkeit. Mehr Transparenz und höhere Legitimität durch Mehrheitswahl?, in: *Gerd Strohmeier* (Hrsg.), Wahlsystemreform. Sonderband der ZPol, 19. Jg. (2009), S. 133 – 154, S. 147.

Die Unfehlbarkeit der Mehrheitserzeugung würde eine Sperrklausel, zumindest in gegenwärtiger Höhe, obsolet machen. Ohnehin gerät diese infolge der Abschaffung der Fünf-Prozent-Hürde für Kommunal- und Europawahlen sowie der Nichtrepräsentanz von 15,7 Prozent der abgegebenen Stimmen im Bundestag mehr und mehr unter Druck. Auch bei einer Drei-Prozent-Hürde, also einer zusätzlichen parlamentarischen Vertretung von FDP (also schwarz-gelbe Protokoalition) und AfD (also Segmentierung auch im rechten Lager), hätte eine disproportionale Zuteilung der Restsitze zur Abdeckung des Mehrheitsbonus ausgereicht. Union und FDP hätten so zehn Prozent mehr Sitze als ihrem proportionalen Stimmenanteil entsprechend erhalten, SPD, Grüne, Linke und AfD 3,5 Prozent mehr.

Dass einer solch umfassenden Wahlsystemveränderung nur dann Legitimität zukommt, wenn sie nicht – wie im italienischen Falle, der sogar den für die Reform zuständigen Minister von einer „Schweinerei“ sprechen ließ – rein situativen Machterhaltungsinteressen dient<sup>38</sup>, versteht sich von selbst. Es bräuchte daher einen breiten Konsens, durch den dieses Wahlsystem dann auch in Verfassungsrang erhoben und damit auf Dauer gestellt werden müsste. Letzteres wäre erforderlich, da die Akzeptanz, als Verliererseite gegebenenfalls unterproportional im Parlament vertreten zu sein, von der Hoffnung genährt werden muss, bei der Folgewahl selbst von der Mehrheitsprämie zu profitieren. Ein im Konsens von Regierung und Opposition verabschiedetes Wahlsystem könnte vor dem Bundesverfassungsgericht jedenfalls dann bestehen, wenn die Auszahlung der Mehrheitsprämie an eine zu überschreitende Mindestschwelle von zum Beispiel 40 Prozent gebunden würde<sup>39</sup>, um die aus einer Mehrheitsprämie resultierende Disproportionalität zu begrenzen. Unfehlbar in der Mehrheitserzeugung wäre dann zwar auch die Verhältniswahl mit Mehrheitsprämie nicht; in diesem Falle würde aber eben auch keine Verzerrung des Wählerwillens erfolgen. Wenn die präelektoralen Koalitionen die Mehrheitsschwelle nicht nur knapp, sondern derart deutlich verpassen, entspräche die Bildung einer von den Parteien nicht gewünschten Koalition wohl ausnahmsweise tatsächlich dem Wählerwillen.

38 Vgl. *Stefan Köppl*, Politik in Italien. Vom Kartell zum Wettbewerb. Parteien – Parlament – Regierung, Baden-Baden 2011, S. 111; *Dieter Nohlen*, Wahlrecht und Parteiensystem. Zur Theorie und Empirie der Wahlsysteme, Opladen / Farmington Hills 2009, S. 227 f.

39 Deren Abwesenheit hatte in Italien dazu geführt, dass die Wahlrechtsreform für verfassungswidrig erklärt wurde, vgl. *Tobias Piller*, Italien streitet über Wahlrechtsreform, in: FAZ vom 20. Januar 2014, S. 6. Ein weiterer Grund bestand in der Festlegung der Listen durch die Parteivorsitzenden (so genannte blockierte Listen), vgl. *Jörg Bremer*, Italien vor Wahlrechtsreform, in: FAZ vom 6. Dezember 2013, S. 5. Der neue Anlauf sieht eine Mindestschwelle von 40 Prozent vor, vgl. *Peter Maxwill*, Berlusconi und Renzi einigen sich auf Wahlrechtsreform, in: Spiegel online vom 13. November 2014, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/italien-berlusconi-und-renzi-vereinbaren-neues-wahlrecht-a-1002772.html> (Abruf am 17. Februar 2015).